

AhD - PRESSE - INFO



Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD)
53173 Bonn, Rheinallee 18 - 20
Vorsitzender: Dr. Horst Günther Klitzing
Geschäftsführer: Peter Christensen, Rechtsanwalt
Tel.: 0228 / 902 6666 Fax: 0228 / 902 6680
Internet: www.hoehererdienst.de
E-Mail: ahd@hoehererdienst.de

Bonn, 30. September 2019

Presseerklärung der AhD Hände weg von Beihilfe und privater Krankenversicherung!

Zu der immer wieder aufflammenden Forderung nach Einführung einer „Bürgerversicherung“ **erklärt die AhD: Hände weg von Beihilfe und privater Krankenversicherung!** Das System aus Beihilfe und privater Krankenversicherung habe sich bewährt und dürfe nicht zerstört werden, **so der Vorsitzende, Horst Günther Klitzing.**

Die Forderung nach Einführung einer „Bürgerversicherung“ (Einheits-Krankenversicherung für alle) wird stets damit begründet, die „Zwei-Klassen-Medizin“ müsse abgeschafft und Gleichheit für alle hergestellt werden.

Inzwischen haben mehrere Länder - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt - erste Schritte in Richtung „Bürgerversicherung“ getan. Dabei geht es zunächst nur um den - bisher kleinen - Kreis von Beamten, die freiwillig Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung sind, weil das in ihrem Fall günstiger ist. Ihnen soll künftig die Hälfte ihrer Basis-Absicherung bei der gesetzlichen Krankenversicherung vom Dienstherrn erstattet werden.

Auf längere Sicht wird damit aber das Ziel verfolgt, das System aus Beihilfe und privater Krankenversicherung zu beseitigen. Der Anteil der Beamten, die Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung sind, soll sich nach und nach deutlich vergrößern, um dann sagen zu können, die Entwicklung zeige, dass die gesetzliche Krankenversicherung auf immer mehr Zustimmung stoße, das Beihilfemodell keine Zukunft mehr habe und nur durch eine allgemeine „Bürgerversicherung“ ersetzt werden könne.

Mit der „Bürgerversicherung“ würde das im Gegensatz zur gesetzlichen Krankenversicherung gut funktionierende System von Beihilfe und privater Krankenversicherung zerschlagen. Die gravierenden Nachteile, unter denen die gesetzlich Versicherten gegenwärtig zu leiden haben (Stichwort: Budgetierung), würden verfestigt und die bisher privat Versicherten mit erfassen. Deren Situation würde sich verschlechtern, ohne dass sich für die gesetzlich Versicherten irgendetwas verbesserte.

Die zwangsweise Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung wäre zudem ein Eingriff in das bewährte Gefüge des Berufsbeamtentums, das die Funktionsfähigkeit des Staates sichern und aufrechterhalten soll. Dazu braucht man qualifiziertes Personal. Um das zu gewinnen, müssen die bewährten Elemente des Berufsbeamtentums, zu denen auch die Beihilfe gehört, erhalten bleiben. Mit diesen Elementen hat man bisher erfolgreich um neue Beamte geworben. Würde man durch Abschaffung der Beihilfe einen wesentlichen Baustein aus diesem Gefüge herausbrechen, würde der Beamtenstatus an Attraktivität und Zuspruch verlieren. Nachwuchsprobleme, die es jetzt schon gibt, würden sich verschärfen.

Die Phase der Umstellung auf das System einer „Bürgerversicherung“ würde mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen und während dieser Zeit horrenden Kosten verursachen. Den privaten Krankenversicherungen würde nach und nach die wirtschaftliche Grundlage entzogen, weil die Anzahl der dort Versicherten immer geringer und das Durchschnittsalter der verbleibenden Versicherten immer höher würde. Die Folge wäre, dass die Behandlungskosten pro Kopf deutlich anstiegen und schließlich aus den Beiträgen nicht mehr finanziert werden könnten. Die Kosten, die die öffentliche Hand aufbringen müsste, wären immens.

Es spräche daher alles gegen eine „Bürgerversicherung“, so Klitzing. Gefordert werde sie aus rein ideologischen Gründen.

Die Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD) ist ein Zusammenschluss der rund 125.000 Mitglieder der nachgenannten Verbände:

Deutscher Philologenverband e.V. (DPHV), Deutscher Hochschulverband (DHV), Bundesverband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (BVHD), Verein Deutscher Bibliothekare e.V. (VDB), Bundesverband der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst e.V. (BLC), Vereinigung der technischen Mitglieder des Deutschen Patentamtes - Prüfervereinigung - e.V., Verband Deutscher Meteorologen e.V. (VDM)